



## Beschluss des Stadtrats

vom 14. September 2022

GR Nr. 2022/277

### Nr. 853/2022

#### **Interpellation von Samuel Balsiger und Sebastian Zopfi betreffend Reglement über die sprachliche Gleichstellung, Gründe für die Revision, Stellungnahme zum Vorwurf eines mit Steuergeldern finanzierten linken Kulturkampfs und zum fehlenden Engagement betreffend Anfeindungen und Gewalt gegen Schwule und Lesben**

Am 22. Juni 2022 reichten die Mitglieder des Gemeinderats Samuel Balsiger und Sebastian Zopfi (beide SVP) folgende Interpellation, GR Nr. 2022/277, ein:

Am 8. Juni 2022 versandte die Stadtverwaltung eine Medienmitteilung: «Der Stadtrat erlässt ein neues Reglement für die sprachliche Gleichstellung in Texten der Stadtverwaltung. Es legt fest, wie Menschen aller Geschlechter gleichberechtigt angesprochen und benannt werden können. Ziel ist, dass neben Frauen und Männern auch trans und non-binäre Menschen sprachlich sichtbarer werden.»

Das Forschungsinstitut Sotomo hat im Dezember 2021 die Studie «Geschlecht und Identität» unter Mitwirkung des angesehenen Politologen Michael Hermann herausgegeben. Darin steht:

«Die Ergebnisse der durch Sotomo umgesetzten Studie sind repräsentativ für die sprachintegrierte Bevölkerung der Deutschschweiz, der französisch- und der italienischsprachigen Schweiz. (...) 99,6 Prozent der Befragten bezeichnen sich entweder als Frau oder als Mann. Nur 0,4 Prozent ordnen sich nicht ins herkömmliche binäre Schema ein und bezeichnen sich explizit als nicht-binär.»

Wenn also nur 0,4 Prozent der Gesamtbevölkerung sich als nicht-binär empfinden, warum erlässt der Stadtrat die «Revision des Reglements über die sprachliche Gleichstellung»? Diese Revision zieht einen riesigen Rattenschwanz nach sich. Die Stadtverwaltung muss nun klären, wie die Gender-Gaga-Sprache bei der Titelsezung von Vorstössen, in Protokollen, der Korrespondenz allgemein und so weiter umgesetzt werden kann.

Die Bewirtschaftung der Gender-Gaga-Sprache wird sehr aufwendig sein. Für die Steuerzahler wird sie demnach auch sehr teuer werden. Und real fühlen sich nur 0,4 Prozent der Gesamtbevölkerung davon angesprochen. Es geht also nicht um die Lösung eines echten gesellschaftlichen Missstands, sondern um die linke Ideologie.

Denn die repräsentative Studie hält auch fest:

«Der Genderstern ist zu einem Symbol für einen Kulturkampf um Sprache und Identität geworden.» Führt der Stadtrat mit der «Revision des Reglements über die sprachliche Gleichstellung» also nur einen mit Steuergeldern finanzierten linken Kulturkampf?

Sollte das stimmen, wäre es ziemlich schäbig. Denn solche Aktionen lenken vom wahren Problem ab. Auch heute noch sind in der Stadt Zürich einige Schwule und Lesben ab und zu Anfeindungen und Gewalt ausgesetzt. Der Absender in doch einigen Fällen:

Schlecht integrierte und nicht assimilierte Migranten aus fremdländischen Kulturen.

Aber von diesem wahren Problem reden der rot-grün dominierte Gemeinderat und der Stadtrat kein einziges Wort. Warum nicht? Die SVP wies mit dem Vorstoss GR Nr. 2020/310 schon vor zwei Jahren darauf hin. Gleichzeitig darf dieses wahre Problem nicht aufgeblasen werden. An alle Betroffenen: Opferkult ist unsinnig. Richtig ist:

Zürich macht vielen Menschen unterschiedlichster Herkunft usw. richtig Spass! Linke Ideologie hat daran keinen Anteil.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wenn nur 0,4 Prozent der Gesamtbevölkerung sich als nicht-binär empfinden, warum erlässt der Stadtrat die «Revision des Reglements über die sprachliche Gleichstellung»?



2/4

2. Führt der Stadtrat mit der «Revision des Reglements über die sprachliche Gleichstellung» einen mit Steuergeldern finanzierten linken Kulturkampf?
3. Auch heute noch sind in der Stadt Zürich einige Schwule und Lesben ab und zu Anfeindungen und Gewalt ausgesetzt. Der Absender in doch einigen Fällen:

Schlecht integrierte und nicht assimilierte Migranten aus fremdländischen Kulturen.

Aber von diesem wahren Problem redet der rot-grün dominierte Stadtrat kein einziges Wort. Warum nicht?

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

#### **Frage 1**

**Wenn nur 0,4 Prozent der Gesamtbevölkerung sich als nicht-binär empfinden, warum erlässt der Stadtrat die «Revision des Reglements über die sprachliche Gleichstellung»?**

Die Stadtverwaltung kennt seit 1994 ein Reglement für die sprachliche Gleichstellung.

Im Januar 2019 regte das Büro des Stadtparlaments (heute Geschäftsleitung des Gemeinderats) in einem Schreiben des Gemeinderatspräsidenten an den Stadtrat an, das Thema der sprachlichen Gleichstellung von trans Menschen bei der Prüfung des vom Gemeinderat überwiesenen Postulats «Aktionsplan zur Gleichstellung und zur Sicherung der Grundrechte von trans\* Personen» (GR Nr. 2017/377) zu adressieren. Die Prüfung des bisherigen Reglements für die sprachliche Gleichstellung von 1996 war deshalb ein Ziel des vom Stadtrat beschlossenen Gleichstellungsplans für die Jahre 2019–2022.

Die Anpassung des Reglements dient dem Ziel der Stadt, den gleichberechtigten Zugang zu Dienstleistungen, Angeboten und Infrastruktur für alle Geschlechter zu fördern und die Bemühungen zur Sichtbarkeit aller Geschlechter zu verstärken. Sprache ist dafür ein Mittel – aber nicht das einzige. Das neue Reglement über die sprachliche Gleichstellung erlaubt es deshalb neu, Menschen aller Geschlechter gleichberechtigt anzusprechen oder zu benennen. Das war mit dem alten Reglement aus dem Jahr 1994 bzw. 1996 nicht immer möglich.

Die Revision des Reglements ist ein Zeichen der Anerkennung, dass es trans und non-binäre Menschen gibt. Der Schutz und die Respektierung von Minderheiten hat in der Schweiz eine lange Tradition.

#### **Frage 2**

**Führt der Stadtrat mit der «Revision des Reglements über die sprachliche Gleichstellung» einen mit Steuergeldern finanzierten linken Kulturkampf?**

Nein. Die Stadtverwaltung kennt seit 1994 ein Reglement für die sprachliche Gleichstellung. In den letzten Jahren hat sich das Verständnis des Begriffs «Geschlecht» als eine binäre Fixgrösse erweitert. Das zeigt sich unter anderem in der Auftragsverlängerung der Fachstelle für Gleichstellung im Jahr 2013 in Folge eines parlamentarischen Vorstosses<sup>1</sup> sowie im neuen (rechtlichen) Kommentar zum Gleichstellungsgesetz von Claudia Kaufmann und Sabine Steiger-Sackmann<sup>2</sup>. Es zeigt sich auch am Fokusthema der diesjährigen Zurich Pride.

---

<sup>1</sup> 3 Die Auftragsverlängerung der Fachstelle für Gleichstellung erfolgte im Zuge eines gemeinderätlichen Postulats im März 2013 und beinhaltet seither die Förderung der rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung von Frauen, Männern, Lesben, Schwulen, Bisexuellen, intergeschlechtlichen und trans Menschen, siehe <https://www.gemeinderat-zuerich.ch/geschaefte/de-tailansicht-geschaefte?gld=c829b00b-aa13-458f-bead-99dc7de9f33e>

<sup>2</sup> Kaufmann Claudia, Art. 1 N 13-15 sowie Art. 3 N 11-12, in: Claudia Kaufmann/Sabine Steiger-Sackmann (Hrsg.), Kommentar zum Gleichstellungsgesetz, 3. Aufl., Basel 2022.

3/4

Die rechtliche Situation und die Herausforderungen von trans Menschen standen im Zentrum der Pride.

So sind denn auch typografische Zeichen für eine trans-inklusive Sprache längst in unserem Alltag angekommen: in den Betriebssystemen von iPhones ebenso wie in der Kommunikation von Firmen wie der Migros, Swisscom, Amag oder Zweifel-Chips oder in Stelleninseraten der reformierten Kirchgemeinden Zollikon und Zumikon oder des Universitätsspitals Zürich, um nur einige wenige Beispiele zu nennen. Auch mehrere Städte – etwa Bern oder Hannover – nutzen bereits seit einiger Zeit den Genderstern.

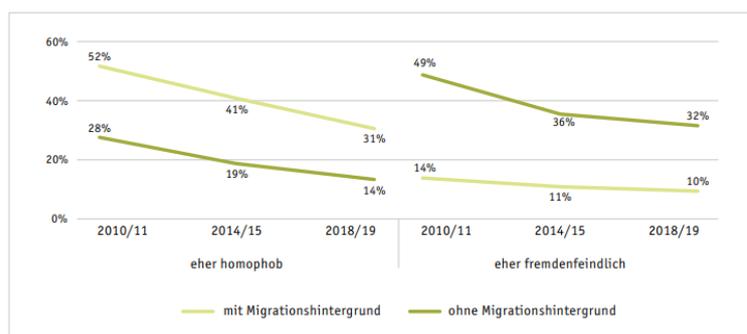
### Frage 3

**Auch heute noch sind in der Stadt Zürich einige Schwule und Lesben ab und zu Anfeindungen und Gewalt ausgesetzt. Der Absender in doch einigen Fällen: Schlecht integrierte und nicht assimilierte Migranten aus fremdländischen Kulturen. Aber von diesem wahren Problem redet der rot-grün dominierte Stadtrat kein einziges Wort. Warum nicht?**

Ablehnung, Diskriminierung und Ausgrenzung prägen den Alltag vieler LGBTIQ-Personen. Aus Angst vor Belästigungen oder Übergriffen bewegen sich einige weniger frei und sichtbar in der Öffentlichkeit.

Eine pauschale «Schuld-Zuweisung» auf einzelne Gruppen ist aus Sicht des Stadtrats nicht zielführend und wird der Komplexität des Themas in keiner Weise gerecht, wie die Ergebnisse der YASS-Studie (Young Adult Survey Switzerland) der Eidgenössischen Jugendbefragungen ch-x verdeutlichen. Verschiedene Faktoren beeinflussen homophobe Einstellungen. Homophobe Einstellungen bei jungen Erwachsenen mit Migrationshintergrund haben sich abgeschwächt, ebenso wie fremdenfeindliche Einstellungen bei jungen Erwachsenen ohne Migrationshintergrund, wie untenstehende Grafik verdeutlicht.<sup>3</sup>

Abbildung 5: Zusammenhang zwischen dem Migrationshintergrund junger Schweizer Erwachsener, Fremdenfeindlichkeit und Homophobie



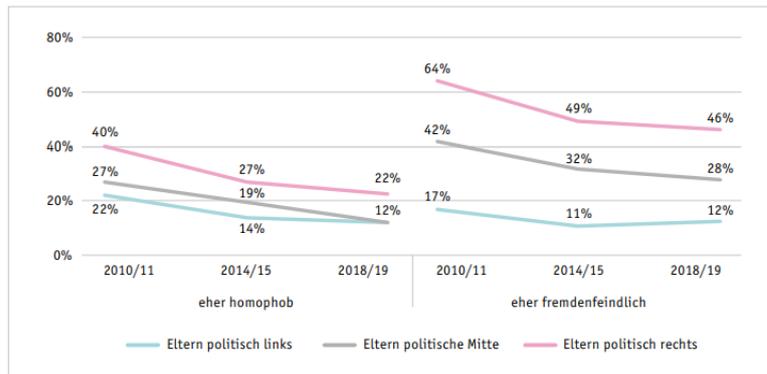
Quelle: Stephan Gerhard Huber (Hrsg.), YASS – Young Adult Survey Switzerland – Bd.3, Bern, 2022, S. 138.

Einen hohen Anteil an homophob und fremdenfeindlich eingestellten jungen Erwachsenen findet man auch bei Kindern aus politisch rechts eingestellten Elternhäusern, das heisst Familien, die (unter anderem) Tradition und Geschlossenheit der Schweiz in den Vordergrund stellen. Aber auch hier ist eine von Messzeitpunkt zu Messzeitpunkt beobachtbare Abnahme festzustellen.

<sup>3</sup> Stephan Gerhard Huber (Hrsg.), YASS – Young Adult Survey Switzerland – Bd.3, Bern, 2022, S. 134-141; Abbildungen S. 138.



Abbildung 6: Zusammenhang zwischen politischer Ausrichtung des Elternhauses junger Schweizer Erwachsener, Fremdenfeindlichkeit und Homophobie



Quelle: Stephan Gerhard Huber (Hrsg.), YASS – Young Adult Survey Switzerland – Bd.3, Bern, 2022, S. 138.

Für den Stadtrat ist klar: Homo- und Transfeindlichkeit haben grundsätzlich in der Stadt Zürich keinen Platz. Der öffentliche Raum soll allen Bewohnenden gleichermaßen zur Verfügung stehen, unabhängig von ihrem Geschlecht, ihrer Geschlechtsidentität, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe und unabhängig davon, ob sie mit oder ohne Behinderung leben. Damit dies Wirklichkeit wird, sind alle gemeinsam gefordert.

Die Stadtpräsidentin und die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements haben deshalb Ende 2019 den Auftrag für ein departementsübergreifendes Projekt gegen sexuelle, sexistische, homo- und transfeindliche Belästigungen und Übergriffe im öffentlichen Raum und im Nachtleben erteilt. Das [Projekt «Zürich schaut hin»](#) wird von einer breiten Allianz aus zivilgesellschaftlichen Organisationen und Verwaltungseinheiten getragen und umfasst das Online-Meldetool Zürich schaut hin ([zuerich-schaut-hin.ch](http://zuerich-schaut-hin.ch)), Weiterbildungen für diverse Berufsgruppen, eine Sensibilisierungs-Kampagne sowie Angebote zur Förderung der Zivilcourage und Selbstbehauptung.

In diesem Zusammenhang verweist der Stadtrat auch auf seine Antworten zur Dringlichen Schriftlichen Anfrage betreffend Angriffe gegen Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung, Beurteilung der getroffenen Massnahmen gegen die Gewalt an LGBT-Personen und Haltung zur Bildung von LGBT-Community «Awareness-Teams» sowie Bereitschaft zur Erhöhung der Präsenz im Niederdorf und zur Erarbeitung eines Massnahmenpakets gegen LGBT-Feindlichkeit in der Stadt (GR Nr. 2020/441).

Im Namen des Stadtrats  
Die Stadtschreiberin  
Dr. Claudia Cuche-Curti